

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 845-48 ppbn d

Inhalt

Eckart Kuhlwein MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit, kommt nach Prüfung des Späth-Entwurfs für ein Jugendhilfegesetz zu dem Urteil: "Durch und durch überflüssig."

Seite 1/2

Klaus Thüsing MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft zeigt an einem aktuellen Fall, wie der Verfassungsschutz die Junge Union für Spitzeldienste entlohnt.

Seite 3

Marie Schlei MdB, Vorsitzende des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik, weist die SPD auf den dringenden Appell der Kirchen zu UNCTAD V hin.

Seite 4/5

Dokumentation: Albert Einstein: Warum ich Sozialist bin.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

34. Jahrgang / 51

14. März 1979

Ein durch und durch überflüssiger Entwurf

Zum Jugendhilfegesetz á la Baden-Württemberg

Von Eckart Kuhlwein MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Wenn der Bundestag in dieser Woche in Erster Lesung das Jugendhilfegesetz der Bundesregierung berät, wird Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth im Geiste mitdiskutieren: Sechs Tage vor Einsendeschluß hat er in der vergangenen Woche den Bundesrat mit einem eigenen Entwurf beglückt, der trotz Strauß und Dregger deutlich machen soll, daß die Union im Innersten ihres Herzens gar nicht gegen Jugendhilfe ist. Vom "so nicht und überhaupt nicht" des CSU-Vorsitzenden ist in der Initiative nur das "so nicht" stehen geblieben.

Nun ist es das gute Recht von Bundesländern, im Bundesrat Gesetzentwürfe einzubringen. Es sogar ihr Recht, das mit gebührender Ver-Späth-ung zu tun. Aber es ist auch das Recht des Bundestages, ob solcher Kraftakte zur Tagesordnung überzugehen und zu sehen, wie angesichts der knappen verbliebenen Zeit in dieser Legislaturperiode, arbeitsökonomisch beraten werden kann. Und daran gemessen, ist Späths Vorlage ein durch und durch überflüssiger Entwurf.

Er trägt nichts dazu bei, "die Zukunftschancen der jungen Generation" zu verbessern. Er trägt nichts dazu bei, das Elternrecht stärker zur Geltung zu bringen. Er trägt nichts dazu bei, die Arbeit der Jugendverbände zu sichern. Er trägt nicht einmal dazu bei, die ohnehin preiswerte Reform noch billiger zu machen. Er gibt uns allenfalls Anhaltspunkte, in welchen Fragen die Union im Bundestag und Bundesrat Sperenzehen machen wird. Als ob wir das nicht schon längst gewußt hätten.

Wo der Gesetzentwurf etwas taugt, ist er bei der Bundesregierung abgeschrieben worden. Wo er Originalton Stuttgart (und/oder München) ist, taugt er nichts. Jedenfalls nicht für eine Reform, die die Erziehungskraft der Familie stärken, die vorbeugenden offenen Hilfen ausbauen und das Recht jedes jungen Menschen auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit unter Wahrung der Rechte anderer verwirklichen will (Späth).

Aber da wir ihn ja nun - so oder so - eines Tages auf den Tisch des Hohen Hauses bekommen werden, ist eine kleine Erste Lesung anhand prägnanter Beispiele nicht ganz umsonst:

- In der Begründung heißt es, Aufgabe der Jugendhilfe sei es nicht, "über sich abzeichnende Gefährdungslagen hinaus zur vorbeugenden Vermeidung aller denkbaren Erziehungs- und Entwicklungsprobleme Leistungen anzubieten". Zu den Leistungen der Jugendhilfe gehören aber auch bei Späth - sehr summarisch - bessere Angebote zur Familienbildung im Rahmen der Jugendhilfe, Jugendarbeit, Jugend- und Familienberatung, Familienerholung und Familienfreizeit. Und "diese Angebote richten sich grundsätzlich an alle Familien und an alle Jugendlichen". Waren da etwa zwei verschiedene Verfasser am Werk? Spukt da noch jemand in Stuttgarts Staatskanzlei, der mal was von der Einheit der Jugendhilfe gehört hat? Oder sind es bloß die bösen Sozialdemokraten, die Versuchen nicht widerstehen können, "Eltern als potentiell ihren Erziehungsaufgaben nicht gewachsen anzusehen". Und die deshalb in ihrem Entwurf - ganz freiwillig - Jugendhilfe auch den Familien anbieten, die sich nur mal eben informieren wollen.
- "Jugendarbeit verbindet Elemente des Bildungswesens mit Aspekten des vorbeugenden Jugendschutzes", heißt es in der Begründung. Eine bundeseinheitliche Regelung müsse sich jedoch auf den Bereich beschränken, der "noch eine Beziehung zur Fürsorge erkennen läßt". Deshalb bleibt die Zuständigkeit der Länder für die Jugendarbeit "unberührt". Und aus zehn Paragraphen im Regierungsentwurf wird einer. Daß die Jugendarbeit nicht zwischen gefährdeten und "normalen" Jugendlichen sortieren kann, soll und will, bleibt dabei ebenso "unberührt" wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1967, in dem auch die "Jugendpflege" samt Jugendlagern, Jugendreisen und politischer Bildung in die konkurrierende Gesetzgebung fällt und deshalb vom Bund geregelt werden kann.
- "Sicherung des Elternrechts und der Elternverantwortung" heißt es in der Präambel. In der Begründung zu § 4 wird klargestellt, wie weit das geht. Der öffentliche Träger kann seiner Leistungspflicht auch durch Verweisung auf ein zumutbares Angebot eines freien Trägers nachkommen. Da damit der Bestand der freien Träger geschützt werden soll, komme nur niemand auf die Idee, für seinen Jüngsten einen evangelischen Kindergarten zu verlangen, wenn der katholische am Ort vielleicht auch "zumutbar" ist. So weit geht das Elternrecht nun auch wieder nicht.
- "Durch Mitwirkung und Mitverantwortung wird die Entwicklung des jungen Menschen zur eigenverantwortlichen Persönlichkeit gefördert", heißt es in der Begründung. Jugendvertretungen, Elternvertretungen und Konferenzen der Mitarbeiter degenerieren zur "Kann"-Vorschrift nach jeweiligem Landesrecht. Schlimmstenfalls müssen katholische Eltern ihr Kind in einen AW-Kindergarten schicken und haben dort nicht einmal einen Pieps mitzureden, wenn dort nur "linke" Sozialpädagogen agitieren. Ganz zu schweigen von den Jugendlichen im Jugendzentrum, die von einer CSU-Mehrheit im Gemeinderat "betreut" werden.
- Die Höchstdauer einer geschlossenen Unterbringung wird gegenüber dem Regierungsentwurf von drei auf sechs Monate verdoppelt. Eine Begründung dafür gibt es nicht. Aber vielleicht ist das als praktische Übung in "Freiheit statt Sozialismus" gedacht.

Der Jugendhilfe-Entwurf der Bundesregierung hat eine lange Geschichte. Er hat bereits viele gesellschaftliche Kompromisse in sich aufgenommen. Das haben bereits einige negativ vermerkt. Aber er wäre dennoch - mit einigen Korrekturen - ein großer Schritt nach vorn. Der Späth-Entwurf wäre das nicht. Wenn er im Sommer 1980 das letzte Wort im Bundesrat werden sollte, dann sollten wir lieber beim ehrwürdigen Jugendwohlfahrtsgesetz von 1922 bleiben. Aber vielleicht haben wir bis dahin einen anderen Bundesrat.

(-/14.3.1979/vp-lh/ea)

"ANARCHO-Stern an Parka"

Ein Mitglied der Jungen Union bringt Mitschüler in Mißkredit

Von Klaus Thüsing MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Nun wird es deutlicher, wie der Verfassungsschutz an die vielen Detailinformationen über kritische Bürger in unserem Land kommt. Daß sich der Verfassungsschutz nicht in jedem Klassenzimmer aufhalten oder bei jeder Veranstaltung tummeln würde, war anzunehmen. Aber wie gelangten dann die wörtlichen Zitate, die genauen Schilderungen von Verhaltensweisen Einzelner in die Akten der obersten Sicherheitsbehörden?

Zumindest was den Bereich der Schulen anbetrifft, kann diese Frage jetzt beantwortet werden. Durch Zufall kam ein Schüler des Heinrich-Heine-Gymnasiums in Bottrop einem Mitschüler auf die Spur, der sich gelegentlich mit einem unbekanntem Mann traf. Als der Unbekannte schließlich am 8. März wieder vor der Schule auftauchte, alarmierten hellhörig gewordene Schüler Freunde. In einer nahegelegenen Kneipe wurde das Stelldichein noch eine Weile beobachtet und dann gesprengt. Dem herausstürzenden unbekanntem Mann konnten die Beobachter noch eine Mappe mit Unterlagen entreißen. Die so erbeuteten Papiere sind aufschlußreich.

Handelt es sich doch bei dem für Spitzeldienste angeworbenen Schüler um einen 19jährigen, der sowohl Mitglied der Jungen Union und der gleichgesinnten Schüler-Union wie auch Bezirksschülersprecher ist. Neben Gedächtnisprotokollen - übrigens auf speziell für Schulen angefertigten Vordrucken - über Äußerungen von Schülern und Lehrern, fand sich in den Unterlagen zudem eine Quittung, die der Schülersprecher unterschrieben hatte. Die Summe von 100 Mark von einem Hans Lerchbacher war als Spende für die Junge Union deklariert worden.

Erschreckend an dem Vorfall sind nicht die eher läppischen Mitteilungen über Mitschüler ("seit circa einem Monat schwarzer fünfeckiger "ANARCHO"-Stern an Parka") oder Lehrer (angebliches Zitat: "In unserem bürgerlichen System gibt es in Verbindung mit Berufsverboten in der Weise Zensur, daß Leute sich selbst zensieren, um nicht zensiert zu werden"), sondern die Tatsache, daß sich Schüler überhaupt als Spitzel anheuern lassen. Man kann davon ausgehen, daß sicher nicht nur am Bottroper Heinrich-Heine-Gymnasium ein Klima geschaffen worden ist, in dem junge Menschen glauben, so ihre "staatstragende" Gesinnung kundtun zu müssen.

Vom Bundesvorstand der Jungen Union ist die Aufdeckung dieses Skandals als "Mißachtung für demokratische Spielregeln" und als "getürkt" verurteilt worden. So einfach macht es sich die christdemokratische Jugendorganisation. Anscheinend kommt es ihr nicht einmal in den Sinn, diesen Vorfall oder auch an anderen Schulen bereits aufgetauchte Verdachtsmomente, daß Mitglieder der Jungen Union, der Schüler-Union oder auch des KCDS mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeiten, zu überprüfen.

(~/14.3.1979/hj/sa)

Die Kirchen meinen auch die SPD

Zur Forderung nach Gerechtigkeit und Solidarität
in der internationalen Wirtschaftsordnung

Von Marie Schlei MdB

Vorsitzende des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Gemeinsame Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen (GKKE) hat mit ihrer Erklärung über "Gerechtigkeit und Solidarität in der internationalen Wirtschaftsordnung" aus Anlaß der 5. Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD V) in Manila eine gute Tradition fortgesetzt. Stand im Memorandum der deutschen Kirchen zu UNCTAD IV noch der Mangel an leistungsfähigen Konzepten und wirksamen Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Menschen in der Dritten Welt im Vordergrund, so sind im Vorfeld von UNCTAD V drei grundsätzliche Überlegungen in den Mittelpunkt der Stellungnahme der Kirchen gerückt:

- Die Tatsache, daß Industriestaaten wie Entwicklungsländer gemeinsame Interessen haben;
- die Form der künftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd sowie die Klage über die allzuoft ideologisch geführte ordnungspolitische Diskussion;
- die Rückwirkungen der Vorgänge und Bedürfnisse in der Dritten Welt auf das Bewußtsein der Bevölkerung und auf unsere eigene Wirtschaft.

Diese Überlegungen sind nicht neu. Und ich beanspruche kein Urheberrecht an diesen Erkenntnissen, wenn ich auf meine Äußerungen auf dem Hamburger Parteitag der SPD im November 1977 hinweise, die besagten, daß wir uns gegenüber den berechtigten Forderungen der Entwicklungsländer weitsichtig, hellhörig und undogmatisch zeigen müssen. Aus den Entwicklungsländern kommen 40 Prozent unserer lebenswichtigen Rohstoffe; dorthin verkaufen wir rund ein Viertel unserer Exporte. Diesen Ländern verdanken wir bis zu einer Million Arbeitsplätze. Wenn wir mit ihnen nicht friedlich ins Einvernehmen kommen, helfen uns innenpolitische wirtschaftliche Anstrengungen auf die Dauer gar nichts.

Denn es ist nicht nur ein fein gelungener Slogan, wenn wir den Ausgleich zwischen Nord und Süd die zentrale Frage des ausgehenden 20. Jahrhunderts nennen. An der Lösung die-

ser Frage müssen wir mitwirken, wenn wir die hart erarbeiteten und erkämpften Grundlagen unserer sozialen und wirtschaftlichen Stabilität erhalten und unsere Reformen fortsetzen wollen.

Trotz aller notwendigen strukturellen, internationalen und nationalen Veränderungen als Grundlage zur Verbesserung der Lage der Dritten Welt sollte die öffentliche Hilfe, der Ressourcentransfer in Form von Wissensvermittlung, Aufbau von Infrastrukturen und Kapitalübertragung, nicht gering geschätzt werden.

Zehn Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion haben dazu bereits im August 1977 in einem Memorandum zur Nord-Süd-Politik klare Forderungen aufgestellt. Darin heißt es: "Die SPD bekennt sich zu dem von den Vereinten Nationen gesetzten Ziel, 0,7 Prozent des Brutto-sozialprodukts für öffentliche entwicklungspolitische Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Zur Erreichung dieses Ziels ist ein Stufenplan zu verabschieden, der die Aufbringung der Mittel aus öffentlichen Haushalten - auch in verstärktem Maße aus denen der Bundesländer-, aus Tilgungen und Zinsen der Entwicklungsländer für öffentliche Entwicklungshilfekredite, zweckgebundene Aufgaben sowie aus steigenden Anteilen am ERP-Sondervermögen regelt."

In meiner Amtszeit als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit habe ich nach diesen Anregungen aus der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion alternative Stufenpläne erarbeiten lassen. Die enormen Schwierigkeiten, die dabei erkennbar wurden, müssen diskutiert werden.

Wir haben das 0,7 Prozent-Ziel bislang nicht erreicht; wir haben uns sogar von ihm entfernt. Inzwischen wurde bekannt, daß die Höhe der Übertragung der öffentlichen Mittel der Industrieländer an die Entwicklungsländer eine wichtige Forderung der Dritten Welt auf der kommenden UNCTAD V sein wird, auch an die in fast allen Ländern der Erde als reich geltende Bundesrepublik Deutschland. Bei den gegenwärtigen Steigerungsraten des Haushaltes für die öffentliche Entwicklungshilfe würde es jedoch noch Jahrzehnte dauern, also bis weit über das Jahr 2000 hinaus, bis wir diese Forderung erfüllt hätten.

In einer weitgehend wie nie zuvor von einander abhängigen Welt kann eine Seite nicht allein profitieren. Wir werden uns auf einen kontinuierlich wachsenden Leistungstransfer an die Dritte Welt einstellen müssen. Ohne diese Grundsatzentscheidung gefahren wir in unverantwortlicher Weise den Frieden auf dieser einen Erde, unsere Sicherheit und selbstverständlich auch unseren Wohlstand.

(-/14.3.1979/hl/oa)

+

+

+

DokumentationWarum ich Sozialist bin

Von Professor Albert Einstein

Ich erörterte kürzlich mit einem intelligenten und gutwilligen Mann die Drohung eines kommenden Krieges, der seiner Meinung nach die Existenz der Menschheit ernstlich gefährden würde, und ich bemerkte, daß nur eine übernationale Organisation einen Schutz vor dieser Gefahr bieten könne. Daraufhin sagte mein Besucher sehr ruhig und kühl zu mir: "Warum widersetzen Sie sich so sehr dem Verschwinden der menschlichen Rasse?" Ich bin sicher, daß niemand - ebensowenig wie vor 100 Jahren - so leicht eine derartige Aussage macht. Es ist die Feststellung eines Mannes, der sich vergeblich bemüht, innerhalb seiner selbst ein Gleichgewicht zu erreichen und mehr oder weniger die Hoffnung auf Erfolg verloren hat. Es ist der Ausdruck einer schmerzlichen Einsamkeit und Isolierung, unter der so viele Menschen unserer Zeit leiden. Was ist der Grund? Gibt es da einen Ausweg?

Es ist leicht, derartige Fragen aufzuwerfen, aber schwer, sie mit einiger Sicherheit zu beantworten. Ich muß es jedoch, so gut ich kann, versuchen, obwohl ich mir der Tatsache bewußt bin, daß unsere Gefühle und Bemühungen oft sehr widerspruchsvoll und dunkel sind und daß sie nicht in leichten und einfachen Formulierungen ausgedrückt werden können. Der Mensch ist zu ein und derselben Zeit ein Einzel- und ein Gesellschaftswesen. Als Einzelwesen trachtet er danach, seine eigene Existenz und die derjenigen, die ihm am nächsten stehen, zu sichern, ferner seine persönlichen Wünsche zu erfüllen und seine angeborenen Fähigkeiten zu entfalten. Als Gesellschaftswesen sucht er Anerkennung und Wohlwollen seiner Mitmenschen zu gewinnen, an ihren Freuden teilzuhaben und sie in ihrem Kummer zu trösten und ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Die Gaben der Menschheit

Die Existenz dieser vielfältigen, häufig zwiespältigen Bemühungen erklärt den besonderen Charakter eines Menschen und ihre spezifische Verbindung, bestimmt den Umfang, in welchem ein Individuum sein inneres Gleichgewicht erreichen und zum Wohl der Gesellschaft beitragen kann. Es ist gut möglich, daß die relative Kraft dieser beiden Bestrebungen in der Hauptsache durch Vererbung festgesetzt ist. Aber die Persönlichkeit, die sich schließlich herauschält, ist hauptsächlich durch die Umwelt geformt, in der es einem Menschen bestimmt ist, sich selbst während seiner Entwicklung zu finden, durch die gesellschaftliche Struktur, in der er aufwächst, durch die Tradition dieser Gesellschaft und durch die Wertung des arteigenen Verhaltens. Es ist daher einleuchtend, daß die Abhängigkeit des Individuums von der Gesellschaft eine natürliche Tatsache ist, die nicht annulliert werden kann, ebenso wie bei den Ameisen und Bienen.

Während jedoch der ganze Lebensprozeß der Ameisen und Bienen bis ins kleinste Detail durch starre, angeborene Instinkte festgesetzt ist, sind die sozialen Schablonen und Zwischenverwandtschaften der Menschen sehr veränderlich und wandlungsfähig. Die Fähigkeit, neue Verbindungen herzustellen, die Gabe der mündlichen Mitteilung, haben Entwicklungen zwischen den Menschen ermöglicht, die nicht durch biologische Notwendigkeiten diktiert sind.

Solche Entwicklungen zeigen sich in Traditionen, Institutionen und Organisationen, in Literatur, Wissenschaft und maschinellen Vervollkommnungen, in der Kunst. Das erklärt, wie es möglich ist, daß der Mensch in gewissem Sinn sein Leben durch sein eigenes Verhalten beeinflussen kann, und dieser Prozeß bewußten Denkens und Willens

kann eine Rolle spielen. Ich habe nun den Punkt erreicht, wo ich kurz andeuten möchte, was mir als wesentliche Ursache der Krise unserer Zeit erscheint. - Sie betrifft die Verwandtschaft des Individuums mit der Gesellschaft. Der Einzelmensch ist sich mehr als je seiner Abhängigkeit von der Gesellschaft bewußt geworden. Aber er wertet diese Abhängigkeit nicht als ein Positivum, als eine organische Kopplung, als eine schützende Kraft, sondern als eine Bedrohung seiner Naturrechte und sogar seiner wirtschaftlichen Existenz.

Das eigentliche Übel

Alle Menschen leiden, welches auch immer ihre Stellung in der Gesellschaft sein möge, an diesem Verkümmierungsprozeß. Nicht wissend, daß sie die Gefangenen ihres eigenen Egoismus sind, fühlen sie sich unsicher, einsam und der naiven, einfachen und unsophistischen Lebensfreude beraubt. Der Mensch kann den Sinn des Lebens, kurz und gefährlich wie es ist, nur finden, indem er selbst der Gesellschaft dient.

Die Wirtschafts-anarchie der kapitalistischen Gesellschaft, wie sie heute existiert, ist meiner Meinung nach die wirkliche Quelle des Übels. Wir sehen uns einer ungeheuer großen Gemeinschaft von Produzenten gegenüber, deren Mitglieder ununterbrochen bemüht sind, einander die Früchte ihrer gemeinsamen Arbeit zu rauben, nicht mit Gewalt, sondern im großen und ganzen in ergebener Nachgiebigkeit und legal festgelegten Regeln. Das Vermögen der Erzeugung ist zum großen Teil der private Verdienst des einzelnen.

Der einzige Weg

Das Gewinnstreben in Verbindung mit der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten ist verantwortlich für die Unbeständigkeit in der Anhäufung und Nutzbarmachung des Kapitals, was zu ernststen Störungen führt. Unfreiwillige Konkurrenz führt zu einem ungeheuren Arbeitsverlust und zu jener Verkrüppelung des sozialen Gewissens der einzelnen Menschen, die ich im vorhergehenden erwähnte.

Diese Deformierung des Menschen halte ich für das Grundübel des Kapitalismus. Unser ganzes Erziehungssystem krankt an diesem Übel. Ein übertriebenes Konkurrenzbestreben wird dem Studenten eingeprägt, der zu einem vorübergehenden Arbeitserfolg als Vorbereitung für seine künftige Karriere angehalten wird.

Ich bin überzeugt, daß es nur einen Weg gibt, um diesem ernsthaften Übel zu begegnen, nämlich die Schaffung einer Sozialwirtschaft, die begleitet ist von einem Erziehungssystem, welches auf soziale Ziele ausgerichtet sein sollte.

Die Aufgabe der Planer

In einer solchen Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst und werden in geplanter Form gebraucht. Eine geplante Wirtschaft, welche der Produktion die Mittel der Allgemeinheit zuführt, würde die zu leistende Arbeit unter allen Arbeitsfähigen verteilen und würde jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind ein Auskommen garantieren.

Nichtsdestoweniger ist es notwendig, sich zu erinnern, daß eine geplante Wirtschaft nicht unbedingt Sozialismus bedeutet. Eine solche Planwirtschaft könnte von einer vollständigen Versklavung des Menschen begleitet sein. Die Hauptaufgabe des Sozialismus besteht in der Lösung von einigen besonders schwierigen sozialpolitischen Fragen:

Wie ist es angesichts der weitgehenden Konzentration von politischer und wirtschaftlicher Macht möglich, die Bürokratie zu verhindern, eine Übermacht zu werden? Wie können die Rechte des Individuums gefördert und damit ein demokratisches Gegengewicht zu der Macht der Bürokratie geschaffen werden?
(-/14.3.1979/ks/ca)

Quelle: Archiv der Sozialen Demokratie